

Schriftliche Anfrage betreffend Sozialtourismus bekämpfen – was unternimmt Basel?

13.5160.01

Insbesondere in Deutschland ist ein verstärkter Zuzug von rumänischen und bulgarischen Staatsbürgern zu verzeichnen, bei denen es sich zumeist um Angehörige einer bestimmten mobilen Ethnie handelt.

Und das Zuwanderungsmotiv ist in der Regel in die grosszügigen Sozialleistungen in unserem Nachbarland zu kommen, weshalb Berlin von der EU Massnahmen gegen diesen Sozialtourismus verlangt. Aber leider ohne Erfolg: Denn die EU-Kommission behauptet wider besseren Wissens, es gäbe kein Problem mit dem Sozialtourismus - dies aus Gründen der politischen Korrektheit, weil Roma in der Europäischen Union bekanntlich ausschliesslich als Opfer von Diskriminierungen gelten.

Die Haltung der Brüsseler Behörde ist umso bedenklicher, weil sich ab 2014, wenn die Übergangsfristen für Arbeitnehmer aus Rumänien und Bulgarien fallen werden, das Problem weiter verschärfen wird. Deshalb müssen nun rasch Gegenmassnahmen getroffen werden, etwa durch eine Verlängerung der Übergangsfristen oder durch die Verhängung sogenannter Wiedereinreisesperren bei Sozialmissbrauch. Denn eines muss klar sein: Die Niederlassungsfreiheit darf nicht zur Einwanderung in die Sozialsysteme anderer EU-Länder oder der Schweiz führen. In diesem Zusammenhang eine Frage an die Basler Regierung: Was unternimmt Basel-Stadt, um Sozialtourismus zu verhindern?

Eric Weber